

Im Zuge der Eurokrise rückten die Löhne der europäischen Arbeitnehmer vermehrt in das politische und öffentliche Interesse und wurden im Rahmen der EU-Krisenpolitik als zentrale Stellschraube identifiziert, die es zur Wiederherstellung der privatwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anzupassen gilt. Vor diesem Hintergrund widmet sich diese Studie den Auswirkungen der Eurokrise und der Krisenpolitik auf die Dynamiken der Lohnungleichheiten aus einer gesamteuropäischen und ländervergleichenden Perspektive.

Es wird gezeigt, dass die europäischen Arbeitnehmer unterschiedlich stark von der Krise als auch von den Anpassungsmaßnahmen betroffen waren, so dass es zu unterschiedlichen Entwicklungen in der Lohnverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten gekommen ist: Während vor allem die osteuropäischen Mitgliedsstaaten aber auch Deutschland einen deutlichen Anstieg des unteren Lohnniveaus erfahren haben, ist es in den südeuropäischen Ländern sowie in Großbritannien zu starken Reallohneinbußen gekommen. Dies resultierte in einer EU-weiten Konvergenz und einem Rückgang zwischenstaatlicher Lohnungleichheiten während der Krise. Dass die Krisenpolitik der EU – zumindest auf die Länder, die finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen mussten – erhebliche Auswirkungen auf die Lohnstrukturen hatte, wird vor allem anhand der Verdienste im öffentlichen Dienst deutlich, die im Zuge der Austeritätspolitik drastisch reduziert wurden. Aber auch der Rückgang in der Tarifabdeckung hat vor allem in Griechenland zu erheblichen Reallohneinbußen für die Besserverdiener beigetragen. Zudem wird gezeigt, dass die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen die Auswirkungen von makroökonomischen Schocks auf die Lohn- und Beschäftigungsstrukturen, und damit die Lohnungleichheiten, in hohem Maße verstärken oder auch abschwächen können. Die während der Krise durchgeführten Arbeitsmarktreformen haben tendenziell einen ungleichheitsreduzierenden Effekt, was die Dynamiken der Lohnungleichheiten hin zu einer deutlich geringeren Spreizung in den meisten Mitgliedsstaaten erklärt. Es zeigte sich aber gleichzeitig, dass weniger Ungleichheit vor allem über die Privilegien der Besserverdiener oder aufgrund der Entlassungen von Geringverdienern erzielt wurden. Ohne die nationalstaatlichen Besonderheiten außer Acht zu lassen, leistet diese Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis gesamteuropäischer Lohnentwicklungen während der Eurokrise